

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei  
Tageblatt-Rieser  
Grenzstr. 90.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Reibitz bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1890  
Grenzstr.  
Rieser Nr. 52.

Nr. 209.

Donnerstag, 6. September 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Rückfragen für die Zusendung des Anzeiger-Blattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 1 mm hohe Druckerschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Werbefläche 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag. Feste Tarife. Besondere Abmachung möglich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Spiegel an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. B. F. Tschiggraber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Stichtag der Zeitpunkte

### Für den internationalen Kohlenpakt gekommen?

(Von informierter Seite.)

Die Tatsache, daß für die europäischen Länder eine Vereinbarung über den Absatz ihrer Kohlenproduktion angesichts des gesunkenen Bedarfs am Weltmarkt eine Notwendigkeit bildet und früher oder später einmal kommen muß, hat vielfach Anlaß zu übereifigen Meldungen über den unmittelbaren bevorstehenden Abschluß eines Kohlenpaktes, insbesondere zwischen Deutschland und England, gegeben. So wurde dieser Tage eine offenbar von englischen Kreisen ausgehende Nachricht verbreitet, nach der beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenbund ein fertiger Plan für eine internationale Kohlenvereinbarung zwischen Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Polen und Holland ausgearbeitet sein soll. Es bedarf kaum solcher von englischer Seite immer wieder aufgestreuter Fiktionen; denn in England sollte man genau wissen, daß der Ruhrberauben längst zu einer Verständigung bereit ist und nur auf die Schaffung von unerklärlichen Voraussetzungen wartet, die die Bildung eines verhandlungsfähigen Gegenkontrahenten in einem solchen Maße es noch immer — wenn auch die Zusammenstimmungsbewegung im englischen Bergbau rasches gewisse Fortschritte macht. Auf der anderen Seite kann die sogenannte allgemeine englische Kohlenhilfe einer Verständigung mit Deutschland nicht gerade förderlich sein. Der Versuch, die Engländer, mit ihr keine Exportpolitik treiben zu wollen, muß man wohl festlich gegenüberstellen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß den englischen Bergwerksherren kein Opfer zu groß ist, um den ausländischen Markt unbedingt zu behaupten, wobei auch das nationale Prestige eine starke anregende Rolle spielt. Gerade, da die Zusammenstimmungsbewegung in England sich in den allerersten Stadien befindet, da die Zerstückelung im englischen Bergbau noch andauert und sich die Regierung nicht nur untereinander bekämpfen, sondern sogar innerhalb der einzelnen Regierungen der Kampf hin- und hergeht, kann natürlich niemand die Garantie für eine Einseitigkeit des Vorkommens übernehmen. Deshalb ist der Abschluß eines internationalen Kohlenpaktes noch in verhältnismäßig weite Ferne gerückt. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß es in England noch immer eine beträchtliche Anzahl von Bedenklichen gibt, die der Meinung sind, im deutschen Bergbau einen schwachen Nischen vor sich zu finden, der über kurz oder lang zur Kapitulation gezwungen sein wird. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum; der Ruhrberauben verhält sich nicht auf ihm ruhenden Füßen auf dem Weltmarkt verhältnismäßig günstig, da als der englische Kohlenberauben, dessen Export gegen 1913 noch immer unrückgängig blieb, aber auch die finanzielle Lage des englischen Bergbaus ist unangenehm; auf 1 Tonne im Exportgewicht ist mindestens 1 Schilling Verlust zu rechnen. Das Interesse der Engländer an einer Verständigung muß also mindestens ebenso stark sein, wenn nicht gar stärker, als das untrüge. Für Deutschland hat der Kohlenpakt keine Güte.

Dafür sind aber andere Dinge dringender, um den deutschen Bergbau, dessen Notlage und Verlustwirtschaft erwiesen sind, radikal aufzuheben. Bekanntlich lehnt der Ruhrberauben Subventionen grundsätzlich ab. Er tut es sogar gegenüber der ernsthaften Bedrohung durch die englische Subventionspolitik. Er begnügt sich nur immer wieder, einige alte Verkehrrichtungen auf tariflichem und banklichem Gebiete anzumelden. Bei der Gütertarifreform vom 1. 8. 1917 hat die Kohle bekanntlich recht schlecht abgeschrieben, denn sie hat die erste Tarifermäßigung nicht durchgehen können. Daraus ist eine allgemeine Tarif-erhöhung im Kraft getreten, die den Transport wesentlich verteuert und deshalb die Schlußkraft der ganzen Industrie dem Auslande gegenüber lähmt. Deshalb ist dringender zu wünschen, daß sich die Reichsbahn mit einer Reform der Kohlenausnahmetarife an die Spitze stellt und vor allem die drückenden Bestimmungen der Mengengarantien abschafft. Besonders wichtig ist eine wesentliche Senkung des Ruhrtarifs, dessen Höhe in gar keinem Verhältnis zu den englischen Frachttarifen nach der deutschen Röhre steht. Der Frachttariffunterschied ist so groß, daß eine Parität durch neue Tarifmaßnahmen kaum zu erreichen sein wird. Eine endgültige Lösung dieses für die gesamte deutsche Volkswirtschaft unendlich wichtigen Problems der Versorgung unserer Küstenlandgemeinden mit deutscher Kohle wird auf der Basis der Tarifpolitik wohl nicht zu finden sein. Dagegen dürfte eine befriedigende Lösung auf der Basis des Neuausbaus der Wasserstraßen erreicht werden können, da mit Hilfe des projektierten Odra-Kanals und durch Erhebung aller erforderlichen Abgaben dabei ein voller Ausgleich der konkurrierenden Frachttarife untereinander erzielt werden kann. Nur auf diese Weise wird nach der Einführung englischer Kohle, die im ersten Halbjahr 1928 um 2 1/2 Millionen Tonnen zugenommen hat, — während die Ausfuhr deutscher Kohle in der gleichen Zeit um 4,2 Millionen Tonnen gesunken ist — wirksam begehren können. Damit wird es auch möglich sein, dem deutschen Bergbau jene Stütze zu schaffen, die es ihm ermöglicht, auf friedliche Weise oder auf dem Wege verstärkten Wettbewerbs sich in dem kommenden Auseinandergehen mit England zu behaupten, über mit dem Abschluß eines Kohlenpaktes können wir noch rechnen.

## Die Generaldebatte in Genf.

Besprechungen des Reichskanzlers mit Briand und Dr. Seipel.

Genf. In Fortsetzung der Generaldebatte betrat noch den Ausführungen des holländischen Außenministers, denen die Versammlung einen Achtungserfolg beizumessen, der holländische Minister des Auswärtigen van Bloksland die Redezeit. Seine Ausführungen galten fast ausschließlich der Abrüstungsfrage und dem Winderbeiteproblem. Bei Behandlung des Abrüstungsproblems begrüßte er die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes. Auch das Zustandekommen des englisch-französischen Kommissarabkommens über die Sicherung der Abrüstungsarbeiten ausüben, das das Sicherungskomitee ausgearbeitet habe. Leider befänden sich auf dem Gebiet der Kontrolle der Rüstungsindustrien noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Er wolle jedoch hoffen, daß die Versammlung diese überwinden werde, und daß die im Artikel 8 des Völkerbundesstatutes enthaltene Verpflichtung auf Offenlegung der Rüstungen erfüllt werden könne. Nach einer kurzen Würdigung der wirtschaftlichen Aktion des Völkerbundes und der grundsätzlichen Bedeutung der Konvention für die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Abrüstung ging der holländische Minister des Auswärtigen auf das Winderbeiteproblem ein und erinnerte als Mitglied der Kommission der Völkerbundsstaaten an die entsprechenden Beschlüsse ihrer letzten Tagung im Ossa. Auf dem vermittelten und belakten Gebiet der Winderbeitefrage sei viel für die Konsolidierung des Friedens getan worden. Bei aller Anerkennung der Tätigkeit der Winderbeitekommission legte sich der holländische Minister des Auswärtigen ebenfalls für die Errichtung eines Rändigen Völkerbundsgerichts für Winderbeitefragen ein, wie von der letzten Tagung der Kommission der Völkerbundsstaaten gefordert und auch bereits bei den ersten Völkerbundsversammlungen wiederholt erwogen worden sei.

Der frühere schwedische Minister des Auswärtigen, Uden, behandelte fast ausschließlich das Abrüstungsproblem. Bei aller Anerkennung, die der Tätigkeit des Völkerbundes und seinen technischen Organisationen gewollt werden könne, dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß die Hauptaufgabe des Völkerbundes in der Aufrechterhaltung des Friedens und seiner Konsolidierung bestehe. Die vom Sicherungskomitee der Völkerbundsversammlung vorgelegten Vertragswerke stellen einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Schiedsgerichtspaktes dar, insbesondere, wenn es möglich werde, Kollektivverträge in dem vorgeschlagenen Sinn abzuschließen. Der schwedische Delegierte unterließ nicht die Erwähnung in den Abrüstungsarbeiten. In jedem Jahre seien neue Hemmnisse festzustellen, und in jedem Jahre höre man mehr Einwendungen gegen die Verwirklichung der Abrüstung. Niemand könne das Mißtrauen und die Abneigung verkennen, die unter den Nationen dazu führen, daß die Erfüllung der Abrüstungsverpflichtung trotz Kellogg-Pakt und anderen ähnlichen Vereinbarungen auf immer neue Widerstände stoße. Die Völkerbundsversammlung vertagte sich hierauf am Donnerstag vormittag 11 Uhr. Der Nachmittag war mit Ausschusssitzungen ausgefüllt.

### Sitzungen von drei Genfer Ausschüssen.

Genf, 5. September. Drei Versammlungsausschüsse haben heute nachmittags ihre Arbeit aufgenommen, der Rechts- und Verfassungsausschuß, der Ausschuß für technische Organisationen und der Ausschuß für politische Fragen.

Im Rechtsausschuß liegt der Bericht des Juristenkomitees zur fortgeschrittenen Kodifizierung des internationalen Rechts vor. Der Ausschuß ernannte den Reichskonsulenten des belgischen Ministeriums des Auswärtigen, Kollin, zum Berichterstatter und himmelte dem Vorschlag des Juristenkomitees zu, im Jahre 1929 eine internationale Juristenkonferenz abzuhalten. Diese Konferenz soll drei Rechtsmaterien beraten, die für die Aufnahme in das internationale Recht genügend vorbereitet erschienen, nämlich, die rechtliche Lage der Konsuln, die Jurisdiktion heimlicher Gerichte gegenüber fremden Staaten und die staatliche Oberhoheit in Küstengewässern. Wegen der Aufnahme der Oberhoheitsfrage als vierten Punkt wurden, wie bereits im Juristenkomitee, auch im Rechtsausschuß der Versammlung Bedenken geltend gemacht. Als Tagungsort für die Konferenz sollte das Juristenkomitee den Haag vorgeschlagen. Auf belgischen Vorschlag soll diese Frage noch offen bleiben, da gegen die Einberufung einer Völkerbundsversammlung außerhalb Genfs finanzielle und administrative Bedenken bestehen.

Der zweite Ausschuß, zur Behandlung der Tätigkeitsberichte der technischen Organisationen, ernannte auf Vorschlag seines Präsidenten Motta-Schwetz den Reichs-

abgeordneten Dr. Breitscheid zum Berichterstatter über die grundsätzliche Frage der Beziehungen der unter den Auspizien des Völkerbundes arbeitenden Institute mit dem Völkerbund. Die Aussprache über die Alkoholfrage, auf der bekanntlich ein von Finnland, Polen und Schweden eingebrachter und von Dänemark, der Tschechoslowakei und Belgien unterstützter Antrag vorliegt, wurde auf französischen Wunsch bis zur Rückkehr von Briand, der gestern zur Teilnahme am Ministerrat nach Paris gefahren ist, vertagt. Der französische Delegierte hat die interessierten Delegationen, sich mit der französischen Delegation zur Vorbereitung einer Stellungnahme vor Beginn einer Aussprache im Benehmen zu setzen. Der Bericht über das ungarische Flüchtlingswerk wurde nach längerer Aussprache genehmigt. Der 6. Ausschuß (politische Fragen) behandelte in einer kurzen Sitzung die Auswirkung der vor zwei Jahren abgeschlossenen Antiflottenkonvention. Der Vertreter Italiens erklärte, daß sein Land die Konvention zwar noch nicht ratifiziert habe, aber seit ihrer Unterzeichnung sich streng an ihre Bestimmungen halte. Ein Vertreter Italiens teilte mit, daß die italienische Ratifikation der Antiflottenkonvention nunmehr im Völkerbundssekretariat eingegangen ist. Die Ausschusssitzungen über die Antiflottenkonvention waren damit abgeschlossen. In der nächsten Sitzung des Politischen Ausschusses wird mit der Beratung des Tätigkeitsberichts der Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit begonnen.

### Die Besprechung zwischen Reichskanzler Müller und Minister des Auswärtigen Briand.

Genf. Die angekündigte Besprechung zwischen dem Reichskanzler Hermann Müller und dem französischen Minister des Auswärtigen Briand hat gestern abend am Sitz der französischen Delegation stattgefunden. Der Reichskanzler war von dem Dolmetscher der deutschen Delegation, Dr. Schmidt, begleitet. Die Unterredung dauerte von 17 bis 8 Uhr. Ueber den Verlauf der Besprechung wurde noch nichts bekannt gegeben. Die deutsche Delegation ist sofort nach Rückkehr des Reichskanzlers zu einer Delegations-sitzung zusammengetreten.

### Dr. Seipel bei Reichskanzler Müller.

Genf. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel hatte gestern Reichskanzler Müller im Hotel Metropole einen Besuch ab, nachdem er, wie bereits gemeldet, am Dienstag abend eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand gehabt hatte. Wie nachträglich verlautet, soll in dieser Unterredung auch die Anschließungsfrage behandelt worden sein. Briand soll hierbei die Verlangung zum Ausdruck gebracht haben, die in der französischen Öffentlichkeit aus Anlaß der Schubertfeier und der Anschließungspropaganda Platz gegriffen habe.

### Bundeskanzler Dr. Seipel über den Zweck seiner Genfer Reise.

Wien. (Funkpruch) Das „Neue Wiener Tageblatt“ veröffentlicht Mitteilungen des Bundeskanzlers Dr. Seipel über seine Genfer Mission an den Berichterstatter des Blattes, in denen Dr. Seipel sagte: Meine Bemühungen sind hier darauf gerichtet, die technischen und bürokratischen Schwierigkeiten, welche der Aufnahme einer Anleihe in Amerika noch hindern auf dem Wege stehen, zu beheben. Es handelt sich nicht darum, wie es noch immer von mancher Seite falsch dargestellt wird, eine Anleihe aufzunehmen. Die Schwierigkeiten gegen sie bestehen nicht bei den Anleihegebern, auch nicht beim Völkerbund, der mit dieser Frage überhaupt nichts mehr zu tun hat. Auch meine lange Unterredung mit Briand galt in erster Linie der Frage der wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich und der Schaffung der Voraussetzungen für die amerikanische Anleihe. Ueber den Inhalt der Unterredung wird auf beiden Seiten ein vielleicht manchem auffällig erscheinendes Stillschweigen beobachtet, das aber den diplomatischen Gepflogenheiten entspricht.

Abund ist die auf dem Umwege über die „Newport Times“ auch in die deutsche Presse gelangte Version, ich hätte Briand bestimmen wollen, gegen den Anschluß vorzugehen. Eine solche Kombination kann nicht ernst genommen werden. Meine lange Unterredung mit dem französischen Außenminister war sehr herzlich. Wir bedurften keines Dolmetschers und verstanden uns auch sonst schnell. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß sich der deutsche Kanzler sehr rasch in die Genfer Materie eingearbeitet hat und habe von ihm mit Freude vernommen, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann in der kurzen Zeit, die er in Baden-Baden verweilte, sich schon sehr erholt hat. Ich habe den Kanzler Müller schon einmal in Berlin kennengelernt und freue mich, mit ihm jetzt in nähere Beziehungen zu treten.

### Das Arbeitschutzgesetz.

Im Reichsarbeitsministerium steht die Frage des Arbeitschutzgesetzes erneut im Vordergrund. Der jüngste Entwurf liegt dem Reichstag vor. Laut Berliner Tageblatt sollen bald nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf die Beratungen beginnen, auf deren Ergebnis die Reichsarbeitsminister Wirth und

legt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts dürften verlangen, daß die Bestimmungen über den Arbeitstag klarer und schärfer gefaßt werden. Ihre Bemühungen werden vornehmlich auf Streichung der vielen Ausnahmeregelungen abzielen. In der Frage der Arbeitsaufsicht werden sie Vereinfachung und Zentralisierung verlangen.